



Suchergebnisse: 1. Mai

13. Februar 1808 – Montgelas legt den Entwurf einer Verfassung vor

München * Minister Maximilian Joseph von Montgelas legt dem Staatsrat den zum Teil skizzenhaften Entwurf einer Verfassung vor. Noch ist man sich in München nicht sicher, wie schnell Napoleon Bonaparte eine eigene zentralistische „Verfassung für den Rheinbund“ durchsetzen wird. Eile war demzufolge angebracht. Und so kann die „Konstitution des Königreichs Baiern“ bereits am 1. Mai 1808 verkündet werden.

3. März 1848 – Die Münchner erstellen einen Forderungskatalog an den König

München * In einem Forderungskatalog verlangen die Münchner Untertanen vom König: Die Verabschiedung eines Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit. Die Einführung voller Pressefreiheit und eines Pressegesetzes. Die Einführung öffentlicher Gerichtsverfahren. Die Unterstützung des Wunsches nach Schaffung einer Volksvertretung für den Frankfurter Bundestag. Die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung. Die Verabschiedung eines neuen Polizeigesetzes. Die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes. Die Entlassung des Verwesers des Innenministeriums Berks. Die Resolution liegt im Rathaus auf und „innerhalb von nur vier Stunden sollen bereits mehr als 10.000, bald gar 20.000 Unterschriften gesammelt worden sein“. Der Magistrat und zwei aus dem Bürgerstand ausgewählte Vertrauensmänner überreichen die Resolution. Noch am Abend verkündet der Leitende Minister Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein, dass die Stände zur Prüfung der Resolution vorzeitig einberufen werden sollen. Als Termin wird der 31. Mai festgesetzt. König Ludwig I. kann und will die Forderungen der Bürger nicht akzeptieren, verspricht aber die Entlassung Berks. Außerdem soll die nächste Stände-Versammlung auf den 31. Mai 1848 vorverlegt werden. Als die Münchner diese Forderungen aufstellen, hat Lola Montez das Königreich Bayern bereits seit drei Wochen in Richtung Schweiz verlassen. Es geht nicht mehr um die Affäre mit der Spanischen Tänzerin, es geht nur noch um das autokratische und neoabsolutistische Herrschaftssystem König Ludwigs I., das nicht mehr länger aufrechtzuerhalten ist.

1. April 1853 – Theres Feldmüller pachtet ein Wirtshaus in Eggenfelden



Eggenfelden * Theres Feldmüller pachtet - gemeinsam mit ihrem Vetter Franz-Xaver Huber, Gastwirtssohn aus Zolling bei Freising, - die Wirtschaft beim „Freiherrlich von Closen'schen“ Bräu- und Wirtsanwesen zu Eggenfelden und betreibt diese bis zum 1. Mai 1855.

Dezember 1898 – Fertigstellungstermin für den Friedensengel erneut verzögert

München-Maxvorstadt * Ferdinand von Miller teilt dem Magistrat mit, dass er bis zur endgültigen Fertigstellung der Bronzefigur auf dem Friedensmonument noch weitere drei Monate benötigt. Damit ist der inzwischen vorgesehene Vollendungstermin am 1. Mai 1899 nicht mehr haltbar. Man einigt sich schließlich auf den 1. Juli 1899 als spätesten Fertigstellungstermin. Weitere Zugeständnisse will der Magistrat nicht mehr gewähren.

23. Mai 1905 – Das Deutsche Museum erhält den Südteil der Kohleninsel

München-Isarvorstadt * Am 23. und 31. Mai 1905 erweitern die Gremien dem Deutschen Museum die Zusage, den südlichen Teil der Kohleninsel im Wege des Erbbaurechts zu überlassen, auch in Richtung Norden, womit nun auch der südliche Bereich der Alten Isarkaserne einbezogen wird. Damit erscheint eine dauerhafte und sinnvolle Nutzung des verbleibenden, im städtischen Besitz befindlichen Teils der ehemaligen Kaserne als unrealistisch. Mit der Einrichtung des Bauplatzes für das Deutsche Museum müssen erste Nebengebäude weichen.

28. April 1917 – Den Kampftag für Frieden, Freiheit und Brot verhindern

Berlin * Die Generalkommission und der SPD-Parteivorstand sprechen sich gegen jede Arbeitsruhe am 1. Mai aus, nachdem die Gruppe Internationale zu einem Kampftag für Frieden, Freiheit und Brot aufgerufen hat.

1. Mai 1917 – Der USPD-Mitgliedsausweis von Kurt Eisner

München * Kurt Eisners Mitgliedsausweis bei der Münchner USPD - mit der Nummer sieben - wird am 1. Mai 1917 ausgestellt.

26. Mai 1918 – 100 Jahre Bayerische Verfassung



München - Königreich Bayern * Der einhundertste Geburtstag der Bayerischen Verfassung werden unter Einbeziehung der Bevölkerung in „schlichter Einfachheit“ begangen. Diese ist nach der Konstitution vom 1. Mai 1808 die zweite Verfassung, die seinerzeit König Max I. Joseph einseitig aus seiner Machtvollkommenheit für Bayern erlassen hat. Die mehrfach geänderte Verfassung gilt im Kern bis zum Ende der Monarchie, also kein halbes Jahr mehr.

26. November 1918 – Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernräte

München - Freistaat Bayern * Der Ministerrat beschließt - in Abwesenheit von Kurt Eisner - nach Abstimmung mit den Vollzugsausschüssen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte die Vorläufigen Richtlinien für die Arbeiter- und Bauernräte. Die Richtlinien stellen einen Kompromiss der gegensätzlichen Vorstellungen des bayerischen Ministerpräsidenten vom 20. November und seines Innenministers Erhard Auer vom 18. November dar. Das bedeutet jedoch, dass wesentliche Elemente aus beiden Entwürfen ebenso unberücksichtigt bleiben müssen, wie der Entwurf des Revolutionären Arbeiterrats vom 19. November 1918. Die Räte erhalten zwar die von Eisner vorgeschlagene Stellung im Staat, doch werden sie nur mit den Kompetenzen ausgestattet, die ihnen Auer zugestehen will. Die Räte bilden demnach „bis zur endgültigen Regelung durch die Nationalversammlung die revolutionäre Grundlage des neuen Regierungssystems“, dennoch bleibt ihnen im Verhältnis zu den Behörden nur das Recht auf Auskunft und Gehör. Ein Kontrollrecht wird ihnen ebenso wenig zugestanden wie die Vollzugsgewalt. Damit haben sich Innenminister Erhard Auer und die Mehrheitssozialdemokraten mit ihren Vorstellungen im Wesentlichen durchgesetzt. Die Richtlinie für die Bauernräte bleibt die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Bauernräte, bis der Landtag am 21. Mai 1920 das Gesetz über die Aufhebung der Arbeiterräte beschließt.

17. Dezember 1918 – Neue Bestimmungen für die Arbeiterräte

München * Die Regierung erlässt Bestimmungen über Organisation und Befugnisse der Arbeiterräte. Sie lösen die Vorläufigen Richtlinien für die Arbeiter- und Bauernräte ab. Eine inhaltliche Verbesserung über die Befugnisse der Räte bringen die Bestimmungen nicht. Es bleibt bei der Vorrangstellung der Behörden. Die Bestimmungen für die Arbeiterräte bleibt die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Arbeiterräte, bis der Landtag am 21. Mai 1920 das Gesetz über die Aufhebung der Arbeiterräte beschließt. Die Anordnung enthält drei wichtige Sonderbestimmungen, deren Auswirkungen sich auf den ersten Blick nicht gleich offenbaren. Soldatenräte sind von den Arbeiterräten völlig zu trennen. Ihre Bezahlung erfolgt ausschließlich durch den Militärhaushalt. Die Bauernräte sind mit den Arbeiterräten zusammenzuschließen.



Nur Arbeiterräte haben das Recht auf staatliche Bezüge.

1. Mai 1919 – Die Residenz wird kampfflos geräumt

München-Graggenau * In der Nacht zum 1. Mai wird die Residenz von der „roten Besatzung“ kampfflos geräumt.

1. Mai 1919 – Ein russischer Kriegsgefangener wird in Lochham erschossen

Lochham * In der Nacht zum 1. Mai wird einer der 53 gefangen genommenen russischen Kriegsgefangenen in Lochham erschossen.

1. Mai 1919 – Es kommt in der Innenstadt zu Kämpfen und Verwüstungen

München * Obwohl der Einmarsch der Weißen Truppen in München erst für den nächsten Tag, pünktlich zur Mittagsstunde vorgesehen ist, kommt es bereits am 1. Mai in der Innenstadt zu Schießereien, Kämpfen und Verwüstungen. Wie, wann und wo sich die kriegsähnlichen Auseinandersetzungen entzünden, lässt sich heute nicht mehr eindeutig feststellen. Die Regierungstruppen werden auf ihrem Weg in den Stadtkern jedenfalls nicht von den Roten angegriffen oder aufgehalten. Hinterher wird gerne behauptet, die Freikorpstruppen hätten sich aufgrund der durchsickernden Informationen über den Geiselmord nicht mehr zurückhalten lassen und wären auf eigene Faust losgestürmt. Doch das ist nur eine nachträgliche Entschuldigung für eine nicht zu entschuldigende Disziplinlosigkeit auf Seiten der Weißen Truppen.

9. April 1934 – Konzession für Karl Valentins „Panoptikum“ bewilligt

München * Die Polizeidirektion bewilligt die Konzession für Valentins „Panoptikum“ für die Zeit vom 1. Mai bis 31. Dezember 1934.

1. Mai 1938 – Valentin und Karlstadt mit „Der Umzug“ im Deutschen Theater

München-Ludwigsvorstadt • Vom 1. bis 31. Mai 1938 steht im Deutschen Theater das Varieté



Programm „Lachen, Leistung, Schöne Frauen“ auf dem Spielplan. Es besteht aus zwei Teilen, im ersten Teil wirbelten Akrobatik-Künstler, der zweite Teil beginnt mit komischen Lichtbildern von Karl Valentin und darauf folgt die Szene „Der Umzug“ mit Karl Valentin und Liesl Karlstadt.

Das NS-System zensiert den ursprünglichen Schluss des Stücks, als ein Abrissbagger auf die Bühne rollt. Das Stück wird insgesamt 78 Mal aufgeführt.

1955 – Der 1. Mai als Festtag „Joseph der Arbeiter“

Rom-Vatikan * Papst Pius XII. bestimmt den 1. Mai als Festtag „Joseph der Arbeiter“ und gibt damit dem Tag der Arbeit seine christliche Weihe.

13. April 1962 – Die Beatles spielen im Hamburger „Star Club“

Hamburg * Der „Star Club“ in Hamburg wird mit den Beatles eröffnet. Sie spielen dort bis 31. Mai insgesamt 48 Konzerte.

Februar 1970 – Das Fest „Maria - Patronin Bayerns“ wird auf den 1. Mai festgelegt

Freising * Die Freisinger Bischofskonferenz legt den Termin des Festes „Maria - Patronin Bayerns“ auf den 1. Mai fest. Er bildet so den Auftakt zum „Marienmonat“.

12. Februar 1986 – Wackersdorf wird offizielle Standortgemeinde

Wackersdorf * Wackersdorf wird offiziell zur Standortgemeinde der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage erklärt. Das WAA-Baugelände im Taxöldener Forst gehört zu diesem Zeitpunkt bereits überwiegend zum Gemeindegebiet: Das zuvor gemeindefreie Areal ist bereits zum 1. Mai 1985 größtenteils nach Wackersdorf eingegliedert worden.

Mai 1989 – Energiewirtschaft gibt Wackersdorf auf

Bundesrepublik Deutschland * Die an der DWK beteiligten Energieversorgungsunternehmen entscheiden sich, die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf nicht weiterzuverfolgen. Ausschlaggebend ist ein Zusammenwirken wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Faktoren:



Die geschätzten Baukosten steigen auf rund zehn Milliarden DM, die Genehmigungs- und Gerichtsverfahren verzögern das Projekt, und eine Inbetriebnahme erscheint frühestens 1998 möglich. Hinzu kommen der anhaltende Widerstand in der Bevölkerung und die politische Unsicherheit. Das Angebot der französischen Cogema, deutsche Brennelemente ab 1999 in La Hague aufzuarbeiten, ist schneller verfügbar und deutlich günstiger. Damit entfällt aus Sicht der Energieversorgungsunternehmen die wirtschaftliche Notwendigkeit einer eigenen deutschen Wiederaufarbeitungsanlage. Die Entscheidung bereitet den offiziellen Baustopp am 31. Mai 1989 vor.

31. Mai 1989 – Baustopp - das Ende der WAA Wackersdorf

Wackersdorf * Die DWK-Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf GmbH (DWW), die Projektgesellschaft der DWK, stellt die Bauarbeiten auf dem WAA-Gelände offiziell ein. Zugleich verzichtet sie darauf, den Sofortvollzug der ersten Teilerrichtungsgenehmigung weiter in Anspruch zu nehmen. Das Haupttor der Baustelle wird symbolisch geschlossen. Nach jahrelangen Protesten, gerichtlichen Auseinandersetzungen und steigenden Kosten ist das WAA-Projekt damit praktisch beendet. WAA-Gegner versammeln sich am sogenannten Roten Kreuz und feiern den Baustopp zunächst noch mit vorsichtiger Freude. Der 31. Mai 1989 gilt als entscheidender Schlusspunkt der WAA Wackersdorf; die bundespolitische Absicherung folgt am 6. Juni.
